

SVP-Wahlkampfauftakt in Bülach

Erster Auftritt von Regierungsratskandidat Hans Rutschmann

hhö. Vor einem zahlreich erschienenen Publikum, vorab aus eigenen Reihen, hat der dritte SVP-Regierungsratskandidat, Kantonsrat Hans Rutschmann (Rafz), am Dreikönigstreffen der Volkspartei in Bülach sein Début gegeben – zusammen mit den SVP-Regierungsräten Christian Huber, Rita Fuhrer und zahlreichen Kantonsratskandidaten aus dem Bezirk. «Regierungsratskandidaten im Kreuzverhör», lautete der Titel des Abends. Für die Jungpolitiker Claudio Schmid (Bülach) und Bruno Maurer (Opfikon), beides Gemeinderäte und Kantonsratskandidaten, bot das Debakel um den abgelehnten Staatsvoranschlag 2003 das Thema, um die drei Kandidaten aufs Glatteis zu führen. Doch so weit kam es nicht. Regierungsrat Christian Huber wollte sich nicht darüber äussern, ob der Kanton im Jahr 2003 ohne Budget bleibe oder ob die Regierung dem Parlament einen neuen Budgetantrag präsentiere. Der Finanzdirektor gab zu verstehen, der Kanton könne ohne Voranschlag operieren, auch wenn das mit Unsicherheiten verbunden sei.

Hans Rutschmann listete nochmals die Gründe dafür auf, dass es im Rathaus zum Debakel gekommen ist – wenn man überhaupt von einem Debakel sprechen könne. Die SVP verfolge ein Ziel: den Finanzhaushalt in Ordnung zu bringen. Nach Rutschmann habe die SVP nie gesagt, sie wolle kein Budget. Sie wünsche einen Haushaltsplan mit deutlichen Einsparungen. Rutschmann: «Sparen ist menschlich und tut weh.» Der budgetlose Zustand sei allerdings schlecht für das Gewerbe, weil kaum noch Investitionen getätigt werden könnten. Regierungsrat Huber bezeichnete

die von der SVP beantragte Steuerfussenkung um 17 Prozentpunkte als unrealistisch. Ein Staatssteuerprozent mache immerhin rund 41 Millionen Franken aus. Der Regierungsrat strebe eine gezielte Steuerentlastung an, etwa für das Gewerbe und für die besten Steuerzahler.

2,7 Prozent der Steuerzahler im Kanton Zürich, rechnete Huber vor, brächten rund 40 Prozent des gesamten Steueraufkommens ein. Diesen müsse man Sorge tragen, sagte Huber. Sparen sei nicht einfach, warf Rita Fuhrer ein. Der Staat müsse sich an gesetzliche Grundlagen halten und seinen Verpflichtungen nachkommen. Vergleiche mit der Privatwirtschaft hinkten. «Dem Staat werden oft jene Aufgaben aufgebürdet, welche die Privatwirtschaft nicht will.» Rutschmann ist sich bewusst, dass nicht in allen Direktionen gleich viel gespart werden kann. Die Abstriche müssten differenziert erfolgen. Eine Chance dafür biete das vom Volk abgelehnte Volksschulgesetz.

Bezüglich der Flughafenpolitik gab es für die drei Regierungsratskandidaten keine neuen Erkenntnisse. Unisono erklärten sie, das bestehende An- und Abflugregime werde für längere Zeit genügen. Rutschmann fügte bei, aus rein wirtschaftlichen Gründen benötige Zürich keinen Hub; das bestehende Pistensystem genüge. Hingegen müsse der diskriminierende Entwurf des Staatsvertrags mit Deutschland nachgebessert werden. Huber doppelte nach und forderte, nicht Moritz Leuenberger, sondern Samuel Schmid solle die Nachverhandlungen führen.